

31. Juli 2020

Nr.184/2020

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

Schülerbeförderung / Streikgefahr

Christian Baldauf: Landesregierung muss alles tun, um Schülerbeförderung zu gewährleisten – Busfahrerstreiks verhindern

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt,

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de

„Eine lahmgelegte Schülerbeförderung bei Wiederaufnahme des Regelbetriebs in den Schulen wäre eine Katastrophe für die Schülerinnen und Schüler“, so heute der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christian Baldauf, in Anbetracht einer Streikandrohung von Verdi. Hintergrund der Streikgefahr ist ein erhebliches Lohndelta zu Lasten der bei privaten Busunternehmen beschäftigten Fahrern gegenüber Busfahrern z.B. in Diensten von Stadtwerken. Die Landesregierung sei bei der Schülerbeförderung in der Mitverantwortung, so Baldauf, und müsse alles daransetzen, Streiks zu verhindern:

„Busfahrer sind für den ÖPNV systemrelevant. Es ist natürlich nachvollziehbar, dass die bei privaten Busunternehmen beschäftigten Fahrer auf eine angemessene Bezahlung drängen, zumal z.B. Standzeiten häufig nicht bezahlt werden. Das Land muss hier in einem fairen Rahmen seinen Beitrag leisten und sich an Mehrbelastungen, die aufgrund von Tarifsteigerungen und tarifvertraglichen Änderungen entstehen, beteiligen. Das darf nicht allein auf die Kommunen abgewälzt werden.

Zudem können gerade bei längeren Vertragslaufzeiten in den Verträgen nicht berücksichtigte Tarifsteigerung Probleme nach sich ziehen und eine Schieflage auslösen. Solche Mehrkosten dürfen nicht dazu führen, dass private Anbieter in eine finanzielle Notlage geraten.

Eine funktionierende Schülerbeförderung liegt im Gemeinwohlinteresse. Gerade in der jetzigen Situation, in der Corona-bedingt über Monate hinweg kein regulärer Präsenzunterricht stattfinden konnte, wäre ein Busfahrerstreik nach Ende der Ferien für die Schülerinnen und Schüler verheerend. Ich erwarte daher von der Landesregierung, dass sie in den notwendigen Gesprächen verbindliche finanzielle Stützungszusagen macht.“